

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

**SM
IM
JuM**

Nachfragen zur Straftat am 8. September 2023 in Wiesloch sowie zum Personaleinsatz im Maßregelvollzug

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob im Fall des entwichenen Straftäters am 8. September 2023 in Wiesloch tatsächlich, wie es in der öffentlichen Ausschusssitzung am 14. September 2023 von der Landesregierung dargestellt wurde, bei der ersten Alarmierung der Polizei „sofort umgehend Streifen entsandt“ worden sind, und wie es dann zu erklären ist, dass diese erst nach geraumer Zeit am keine 200 Meter neben dem Polizeirevier liegenden Ort der Gewalttat eingetroffen sind;
2. inwiefern Hinweise von Dritten zutreffen, dass dem unter Ziffer 1 genannten Straftäter kurze Zeit vor der Gewalttat eröffnet wurde, dass sein Aufenthaltsstatus in Deutschland in Gefahr ist bzw. eine Abschiebung droht;
3. welche Erkenntnisse und Erfahrungen dazu vorliegen, dass psychisch kranke Patienten oder auch gesunde Personen, denen das Ende ihres Aufenthalts in Deutschland mitgeteilt wird, ihr Verhalten erheblich ändern und ggf. in psychische Ausnahmesituationen geraten;
4. von wem ggf. eine solche in Ziffer 2 genannte Ankündigung der Staatsanwaltschaft, die in dem Tötungsdelikt ermittelt hat, zugeleitet wurde und zu welchen Konsequenzen dies ggf. führte;
5. ob es in Baden-Württemberg, wie mehrfach von der Landesregierung behauptet, eine geltende Verordnung für die Personalbemessung im Maßregelvollzug gibt, die in anderen Bundesländern existiert;
6. wie sie zu den Hinweisen der Personalräte steht, dass die Überbelegung im Maßregelvollzug zu Problemen bei der Sicherheit und zur Überbelastung der Beschäftigten führen kann;
7. inwiefern sie Druck ausgeübt hat bzw. toleriert, dass der neue Maßregelvollzug in Heidelberg im Verhältnis zur Anzahl der Patienten mit sehr viel weniger Pflege(fach)kräften betrieben wird als in vergleichbaren Einrichtungen und anstelle von Pflege(fach)kräften in großem Umfang Beschäftigte eines externen Sicherheitsdienstes mit Deutschkenntnissen unterhalb des B2-Niveaus für Pflegeaufgaben eingesetzt werden;
8. ob die Landesregierung plant, auch in anderen Einrichtungen des Maßregelvollzugs Pflege(fach)kräfte durch Beschäftigte von externen Sicherheitsdiensten zu ersetzen bzw. vorhandenes Pflegepersonal entsprechend aufzustocken.

23.5.2024

Stoch, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Wahl und Fraktion
Dr. Rülke, Haußmann, Reith, Fischer und Fraktion

Begründung

Nach mehreren Entweichungen und einer Flucht sowie einer starken Zunahme von im Maßregelvollzug aufzunehmenden Straftätern und nicht zuletzt aufgrund von Todesfällen und schweren Verletzungen, die damit im Zusammenhang stehen, stellen sich weiterhin drängende Fragen. Diese blieben in den bisherigen Aussprachen, die dazu im Sozialausschuss des Landtags geführt wurden, unzureichend beantwortet.